

Bericht des Gemeinderats

Interfraktionelles Postulat GFL/EVP, GLP, BDP/CVP (Daniel Klauser, GFL/Michael Köppli, GLP/Kurt Hirsbrunner, BDP) vom 4. April 2013: Neuausrichtung statt Kahlschlag bei der Gemeinwesenarbeit (2013.SR.000184)

In der Stadtratssitzung vom 6. Juni 2013 wurde Punkt 5 der folgenden Interfraktionellen Motion GFL/EVP, GLP, BDP/CVP in ein Postulat umgewandelt und als solches erheblich erklärt:

Die Gemeinwesenarbeit leistet in der Stadt Bern einen wichtigen Beitrag für die Lebensqualität in den Quartieren. Durch die kantonalen Sparmassnahmen wird diese Arbeit grundsätzlich in Frage gestellt. Gemäss seiner Antwort auf die Motion „Gemeinwesenarbeit in den Quartieren erhalten“ weiss auch der Gemeinderat um die Wichtigkeit der Gemeinwesenarbeit für die Integration, die Identifikation der Bewohnerinnen und Bewohner für ihren Stadtteil, die Lebensqualität in den Quartieren und die Freiwilligenarbeit. Trotzdem empfiehlt der Gemeinderat die erwähnte Motion zur Ablehnung, obwohl der Wegfall der Kantonsbeiträge Kürzungen von über 50% zur Folge hat und einem Kahlschlag bei der Gemeinwesenarbeit gleich kommt.

Die Einschätzung des Gemeinderates, dass eine vollständige Übernahme der wegfallenden Kantonsbeiträge aufgrund der düsteren finanziellen Aussichten nicht realistisch ist, kann durchaus nachvollzogen werden. Nicht nachvollziehbar ist hingegen, dass der Gemeinderat in seiner Antwort von einer Alles oder Nichts Situation ausgeht. In der vorliegenden Situation ist es unabdingbar, dass sich der Gemeinderat zusammen mit den betroffenen Organisationen darum bemüht, einen Mittelweg zu finden, der sowohl die finanziellen Möglichkeiten der Stadt, als auch die wichtige Rolle der Gemeinwesenarbeit berücksichtigt.

Der Gemeinderat und die betroffenen Organisationen sollen die durch den äusseren Druck entstandene Situation auch dazu nutzen, das Angebot der Gemeinwesenarbeit zu hinterfragen und eine auf die heutigen Bedürfnisse abgestimmte Neuausrichtung der Gemeinwesenarbeit vorzunehmen.

In diesem Sinne fordern wir den Gemeinderat auf, im Hinblick auf die Debatte zum PGB 2014

1. Dem Stadtrat in einem Bericht darzulegen, welche Auswirkungen der Wegfall der Kantonsbeiträge (ohne Kompensation durch die Stadt Bern) für die Gemeinwesenarbeit hat
2. In Zusammenarbeit mit den betroffenen Organisationen eine Alternativvariante auszuarbeiten, bei der die Hälfte der wegfallenden Kantonsbeiträge durch die Stadt kompensiert werden. Analog zu Ziffer 1 sind die Auswirkungen auf die Gemeinwesenarbeit in einem Bericht darzulegen
3. In Zusammenarbeit mit den betroffenen Organisationen eine zweite Alternativvariante auszuarbeiten, bei der zwei Drittel der wegfallenden Kantonsbeiträge durch die Stadt kompensiert werden. Analog zu Ziffer 1 sind die Auswirkungen auf die Gemeinwesenarbeit in einem Bericht darzulegen
4. Alle drei Varianten sind auf ihre Umsetzbarkeit (Kündigungsfristen) hin zu prüfen und allenfalls mit einer Übergangsförderung zu ergänzen
5. Der Zusatzaufwand der beiden Alternativvarianten (Ziff. 2 & 3) ist vollständig im Budget der BSS zu kompensieren und im PGB 2014 transparent auszuweisen.

Bern, 04. April 2013

Erstunterzeichnende: Daniel Klauser, Michael Köpfli, Kurt Hirsbrunner

Mitunterzeichnende: Prisca Lanfranchi, Martin Trachsel, Matthias Stürmer, Rania Bahnan Büechi, Manuel C. Widmer, Claude Grosjean, Lilian Tobler, Daniel Imthurn, Melanie Mettler, Peter Ammann, Sandra Ryser, Urs Ziehli, Martin Mäder, Isabelle Heer, Béatrice Wertli, Martin Schneider, Philip Kohli, Judith Renner-Bach, Pascal Rub, Bernhard Eicher, Dolores Dana, Jacqueline Gafner Wasem, Tania Espinoza, Daniela Lutz-Beck

Bericht des Gemeinderats

Wenn sich der Stadtrat in der Debatte zum Produktgruppen-Budget 2014 für die Sparvariante gemäss Punkt 2 bzw. Punkt 3 der Motion entscheidet, bedeutet dies ein Defizit beim Produktgruppen-Budget von Fr. 900 000.00 bzw. Fr. 1,2 Mio. Der Gemeinderat hat in seiner Antwort auf die Motion darauf hingewiesen, dass berücksichtigt werden muss, welche Effekte die durch Sparmassnahmen verursachten Änderungen beim Lastenausgleich zur Folge haben. Diese Effekte, welche nicht zwingend im Budget der Direktion für Bildung, Soziales und Sport (BSS) abgebildet werden, müssen bei der Kompensation angerechnet werden. Weiter sind solche Ertragsausfälle aus dem Lastenausgleich grundsätzlich über die Globalbudgets zu kompensieren, wie dies auch in dem als Postulat überwiesenen Vorstoss der Fraktion SP: Zurück zur Sachpolitik in der Budgetdiskussion um die Gemeinwesenarbeit, gefordert wird. Das heisst, dass eventuell notwendige Kompensationen nicht voll zu Lasten der Direktion für Bildung, Soziales und Sport (BSS) gehen können. Wird bei einer allfälligen Kompensation der bisher verwendete Verteilschlüssel angewendet, so haben die Verwaltungsdirektionen gemäss PGB die Kosten wie folgt zu tragen: Gemeinde und Behörden rund 3 %, Präsidialdirektion rund 5 %, Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie rund 14 %, Direktion für Bildung Soziales und Sport rund 41 %, Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün rund 24 % und Direktion für Finanzen, Personal und Informatik rund 13 %.

Zusätzliche Kompensationen bei der BSS sind angesichts der vielen gebundenen Beträge, der Auswirkungen des kantonalen Lastenausgleichs und der Kurzfristigkeit sehr schwierig umzusetzen. Weitere lineare Budgetkürzungen sind nicht mehr realistisch. Personelle Massnahmen innerhalb der Verwaltung benötigen Zeit und lassen sich nicht auf Anfang 2014 umsetzen. Es bleiben der Angebots- und Leistungsabbau wie z.B.:

- Verzicht auf die Ferien- und Freizeitaktion Fäger (ca. Fr. 40 000.00 plus Wegfall einer verwaltungsinternen Teilzeitstelle);
- Verzicht auf das Kinderparlament (Fr. 30 000.00 plus Reduktion einer verwaltungsinternen Teilzeitstelle);
- Verzicht auf die finanzielle Unterstützung des Kinderkulturangebots „Westwind“ im Stadtteil 6 (Fr. 110 000.00);
- Verzicht auf die finanzielle Unterstützung der Spielgruppen (Fr. 150 000.00);
- Verzicht auf die Durchführung des Feriensportlagers Fiesch (Fr. 120 000.00);
- Verzicht auf die Finanzierung des Gaskessels (Fr. 420 000.00);
- Stellenabbau bei PINTO.

Zu beachten ist, dass bei diesen Massnahmen breite Bevölkerungsteile betroffen und teilweise wichtige Anliegen wie die Frühförderung tangiert sind. Auch würden Beschlüsse der Stimmbevölkerung (Sicherheitsinitiative beim personellen Ausbau von PINTO) verletzt.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Die Folgen sind in den obigen Punkten im Detail beschrieben.

Bern, 3. Juli 2013

Der Gemeinderat